Solothurn, Entlastung West: Bewilligung eines Zusatzkredites

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 17. Dezember 2013, RRB Nr. 2013/2353

Zuständiges Departement

Bau- und Justizdepartement

Vorberatende Kommissionen

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission
Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
1. Begründung	5
1.1 Verpflichtungskredit	5
1.2 Nachforderungen	5
1.3 Regressforderungen	6
1.4 Offene Abschlussarbeiten	6
1.5 Zusatzkredit	6
2. Rechtliches	7
3. Antrag	7
4. Beschlussesentwurf.....	9

Kurzfassung

Mit Kantonsratsbeschluss (KRB) Nr. SGB 087/2005 vom 5. Juli 2005 wurde für das Projekt "Solothurn, Entlastung West" (Westtangente, Schliessung Wengibrücke und flankierende Massnahmen) ein Verpflichtungskredit von brutto 95,0 Mio. Franken bewilligt. Der Verpflichtungskredit wurde mit einer Preisstands-Klausel beschlossen (Zürcher Baukostenindex 2004 = 107.6). Die teuerungsbereinigte Kreditsumme beträgt heute Fr. 103'330'000.00.

Die Kosten für den Bau der Entlastung West betragen – exklusiv die im Folgenden dokumentierten Nachforderungen der Unternehmerin und nicht berücksichtigte Ausgabenminderungen – Fr. 106'933'000.00.

Die Mehrkosten von 3,6 Mio. Franken gegenüber der bewilligten Kreditsumme sind insbesondere auf Bestellungsänderungen und Mehrausmasse infolge von Baugrundproblemen (Aarebrücke und Tunnel Gibelin) zurückzuführen.

Die mit dem Bau der Aarebrücke beauftragte Unternehmerin ARGE Solothurn West hat im Laufe der Bauarbeiten die Vergütung von Mehrleistungen im Betrage von rund 15,2 Mio. Franken eingefordert, welche vom Bauherrn bestritten wurden. Die ARGE hat diese Forderungen in der Folge Ende 2009 beim Schiedsgericht einklagt.

Der Schriftenwechsel des Schiedsgerichtsverfahrens wurde im Mai 2011 abgeschlossen. Nach intensiver Prüfung der Prozessakten hat das Schiedsgericht den Parteien am 14. März 2013 seine Einschätzung des Rechtsstreites erläutert sowie den weiteren Verfahrensgang aufgezeigt. Gleichzeitig hat das Schiedsgericht einen möglichen Vergleichsvorschlag unterbreitet, gemäss welchem der Kanton Solothurn der ARGE Solothurn West für die Mehrleistungen 5,9 Mio. Franken vergütet, zuzüglich Mehrwertsteuer sowie die werkvertraglich geschuldeten Zinskosten. Die Parteien sind auf diesen Vergleichsvorschlag eingetreten. Damit betragen die mit dem Bau der Aarebrücke entstandenen Zusatzkosten infolge Nachforderungen insgesamt rund Fr. 8'746'000.00.

Der Kanton machte zusammen mit der Stadt Solothurn gegenüber der für die Projektierung und Bauleitung verantwortlichen Ingenieurgesellschaft Leporello (IGL) und dem Projektgeologen zudem diverse Forderungen infolge nichtgehöriger Vertragserfüllung geltend. Auf der Basis eines Schlichtungsverfahrens haben sich die Parteien auf eine Vergleichszahlung in der Höhe von rund 1,7 Mio. Franken geeinigt. Nach Abzug der der Stadt Solothurn direkt entstandenen Schadenskosten sowie der Verfahrenskosten beträgt die "realisierte" Regressforderung für den Kanton insgesamt Fr. 1'265'000.00.

Verpflichtungskredit (inkl. Teuerung)	Fr. 103'330'000.00
Mehrkosten (Bestellungsänderungen, Mehrausmass)	Fr. 3'603'000.00
Nachforderungen Aarebrücke	Fr. 8'746'000.00
./ Regressforderungen	Fr. 1'265'000.00
Offene Abschlussarbeiten Tunnel Gibelin	Fr. 200'000.00
Endkostenprognose (inkl. MwSt.)	Fr. 114'614'000.00
Beantragter Zusatzkredit	Fr. 11'284'000.00

Damit wird dem Kantonsrat ein Zusatzkredit in der Höhe von Fr. 11'284'000.00 beantragt.

Da rund 25 % der Länge der neuen Aarebrücke in den Perimeter der Nationalstrasse fallen, hat der Bund einen zusätzlichen nationalrechtlichen Beitrag in der Höhe von Fr. 6'028'000.00 an den Bau der Aarebrücke geleistet. Unter Berücksichtigung dieser Ausgabenminderung reduzieren sich die effektiven Zusatzkosten auf Fr. 5'256'000.00.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zur Bewilligung eines Zusatzkredites für das Projekt "Solothurn, Entlastung West".

1. Begründung

1.1 Verpflichtungskredit

Mit Kantonsratsbeschluss (KRB) Nr. SGB 087/2005 vom 5. Juli 2005 wurde für das Projekt "Solothurn, Entlastung West" (Westtangente, Schliessung Wengibrücke und flankierende Massnahmen) ein Verpflichtungskredit von brutto 95,0 Mio. Franken bewilligt. Der Kredit wurde mit einer Preisstands-Klausel beschlossen (Zürcher Baukostenindex 2004 = 107.6). Für den Zeitraum von 2004 bis zur Vergabe der einzelnen Arbeiten beträgt die Vorvertragsteuerung insgesamt Fr. 4'780'000.00. Die Vertragsteuerung, d.h. die während der Ausführung der entsprechenden Arbeiten aufgelaufene Teuerung, beträgt total Fr. 3'550'000.00. Die teuerungsbereinigte Kreditsumme beträgt somit Fr. 103'330'000.00.

Die Kosten für den Bau der Entlastung West betragen – exklusiv die im Folgenden dokumentierten Nachforderungen der Unternehmerin – Fr. 106'933'000.00.

Die Mehrkosten von 3,6 Mio. Franken gegenüber der bewilligten Kreditsumme sind insbesondere auf Bestellungsänderungen und Mehrausmasse infolge von Baugrundproblemen (Aarebrücke und Tunnel Gibelin) zurückzuführen. Die Mehrkosten konnten nur teilweise durch Minderkosten bei den anderen Baulosen kompensiert werden.

1.2 Nachforderungen

Die mit dem Bau der Aarebrücke beauftragte ARGE Solothurn West machte für den Bau der Aarebrücke Nachforderungen in der Höhe von Fr. 15'200'000.00 (exkl. MwSt.) geltend, welche vom Bauherrn bestritten wurden. Das in der Folge durchgeführte Schlichtungsverfahren führte zu keiner Einigung. Somit wurde ein Schiedsgericht konstituiert, bei dem die ARGE ihre Forderungen am 29. November 2009 einklagte.

Die ARGE begründete ihre Nachforderungen insbesondere damit, dass der beim Bau angetroffene Baugrund von den in den Ausschreibungsunterlagen des Bauherrn beschriebenen Verhältnissen abwich und damit der ARGE Mehraufwendungen entstanden, welche durch den Bauherrn zusätzlich zu vergüten sind. An diese Forderungen leistete der Bauherr – ohne Anerkennung einer Rechtspflicht – einen Kostenvorschuss in der Höhe von 3,0 Mio. Franken. Dies mit dem Ziel, den Fortgang der Bauarbeiten zu ermöglichen und den geplanten Eröffnungstermin nicht zu gefährden.

Der Schriftenwechsel des Schiedsgerichtsverfahrens wurde im Mai 2011 abgeschlossen. Das Schiedsgericht hat die umfangreichen Verfahrensakten nachfolgend intensiv geprüft und den Parteien am 14. März 2013 seine Einschätzung des Rechtsstreites erläutert sowie den weiteren Verfahrensgang und die damit verbundenen approximativen Verfahrenskosten sowie Prozessrisiken aufgezeigt. Gleichzeitig hat das Schiedsgericht einen möglichen Vergleichsvorschlag skizziert. Die Parteien haben sich – auch aufgrund der mit dem weiteren Verfahren verbundenen Prozesskosten und -risiken – entschlossen, auf diesen Vergleichsvorschlag einzutreten. Dieser lautet im Wesentlichen wie folgt:

- Der Kanton Solothurn bezahlt der ARGE Solothurn West 5,9 Mio. Franken, zuzüglich der gesetzlich geschuldeten Mehrwertsteuer, abzüglich der bereits bezahlten 3,0 Mio. Franken, zuzüglich Zins von 7.5 %¹⁾ auf 2,9 Mio. Franken (Zeitraum: 15. September 2008 bis 30. Juni 2013).
- Die Parteien bezahlen die Parteikosten und Honorare des Schiedsgerichtes je zur Hälfte.
- Die Parteien verzichten je gegenseitig auf Parteientschädigungen.

Damit betragen die mit dem Bau der Aarebrücke entstandenen Zusatzkosten infolge Nachforderungen insgesamt Fr. 8'746'000.00.

1.3 Regressforderungen

Der Kanton machte zusammen mit der Stadt Solothurn gegenüber der für die Projektierung und Bauleitung verantwortlichen Ingenieurgesellschaft Leporello (IGL) und dem Projektgeologen zudem diverse Forderungen infolge nichtgehöriger Vertragserfüllung geltend. Auf der Basis eines Schlichtungsverfahrens haben sich der Kanton zusammen mit der Stadt, die IGL und der Projektgeologe auf eine Vergleichszahlung in der Höhe von rund 1,7 Mio. Franken geeinigt. Nach Abzug der der Stadt direkt entstandenen Schadenskosten sowie der Verfahrenskosten beträgt die "realisierte" Regressforderung für den Kanton insgesamt Fr. 1'265'000.00. Dieser Betrag wird in die Projektabrechnung integriert. Die Kosten vermindern sich demnach um diesen Betrag.

1.4 Offene Abschlussarbeiten

Der Tunnel Gibelin muss nach Abschluss der noch ausstehenden Abdichtungsarbeiten (Betoninjektionen) mit einem Tunnelanstrich versehen werden. Die Kosten betragen rund Fr. 200'000.00.

1.5 Zusatzkredit

Somit stehen dem bewilligten Kredit von Fr. 103'330'000.00 prognostizierte Endkosten von Fr. 114'614'000.00 gegenüber.

Verpflichtungskredit (inkl. Teuerung)	Fr. 103'330'000.00
Mehrkosten (Bestellungsänderungen, Mehrausmass)	Fr. 3'603'000.00
Nachforderungen Aarebrücke	Fr. 8'746'000.00
./. Regressforderungen	Fr. 1'265'000.00
Offene Abschlussarbeiten Tunnel Gibelin	Fr. 200'000.00
Endkostenprognose (inkl. MwSt.)	Fr. 114'614'000.00
Beantragter Zusatzkredit	Fr. 11'284'000.00

Damit wird dem Kantonsrat ein Zusatzkredit in der Höhe von Fr. 11'284'000.00 beantragt.

Da rund 25 % der Länge der neuen Aarebrücke in den Perimeter der Nationalstrasse fallen, hat der Bund einen zusätzlichen nationalrechtlichen Beitrag in der Höhe von Fr. 6'028'000.00 an den Bau der Aarebrücke geleistet. Unter Berücksichtigung dieser Ausgabenminderung reduzieren sich die effektiven Zusatzkosten auf Fr. 5'256'000.00.

¹⁾ Zinssatz entsprechend Art. 190, Norm SIA 118.

Unter Berücksichtigung der bereits in den Vorjahren vergüteten Leistungen (Kostenvorschuss für Fortgang der Bauarbeiten, Partei- und Gerichtskosten) und den mit Abschluss der Gerichts- und Schlichtungsverfahren nun fälligen Bundes- und Gemeindebeiträge belasten die Zusatzkosten den Voranschlagskredit 2013 (netto) der Investitionsrechnung Strassenbau nicht.

2. Rechtliches

Sofern sich vor oder während der Ausführung eines Vorhabens zeigt, dass der bewilligte Verpflichtungskredit nicht ausreicht, ist nach § 57 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1) ein Zusatzkredit einzuholen. Der Beschluss des Kantonsrats unterliegt nicht dem Referendum.

3. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Esther Gassler
Frau Landammann

Andreas Eng
Staatschreiber

4. **Beschlussesentwurf**

Solothurn, Entlastung West: Bewilligung eines Zusatzkredites

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Buchstabe b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹⁾ sowie § 57 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G)²⁾, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 17. Dezember 2013 (RRB Nr. 2013/2353), beschliesst:

1. Für das Projekt "Solothurn, Entlastung West" (Westtangente, Schliessung Wengibrücke und flankierende Massnahmen) wird ein Zusatzkredit in der Höhe von Fr. 11'284'000.00 bewilligt.
2. Die Kosten gehen zu Lasten des Kontos 5010.000/Projekt Nr. 2TK.00341 (A 60059).
3. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Im Namen des Kantonsrates

Präsidentin

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Bau- und Justizdepartement
 Amt für Verkehr und Tiefbau (5)
 Finanzdepartement
 Amt für Finanzen
 Kantonale Finanzkontrolle
 Aktuarin UMBAWIKO (ste)
 Aktuarin FIKO (mal)
 Parlamentscontroller
 Parlamentsdienste

¹⁾ BGS 111.1.

²⁾ BGS 115.1.